

Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V.

Thomas Lutz
Gedenkstättenreferat

Jebensstraße 1, 1000 Berlin 12
Telefon: (030) 31 02 61

9
Postscheckkonto Berlin West Nr. 675-103
Bank für Sozialwirtschaft
Konto Nr. 31 137-00, BLZ 100 205 100

April 1985

<u>Inhaltsverzeichnis</u>	Seite
Vorbemerkung	1
<u>A Berichte</u>	
- Flossenbürg: Forderungen der Gewerkschaft	2
- Bonn: Debatte um eine jüdische Gedenkstätte	3
- Die antifaschistische Arbeit des SCI	4
<u>B Zur Diskussion</u>	
- Rechtsextremismus als Gegenstand päd.-pol. Bildungsarbeit - die Erfahrungen von Mitarbeitern der Alten Synagoge Essen mit dem Film "Die Erben"	6
<u>C Infos, News</u>	
- Gedenkstätte Plattenhaus Poppenbüttel eröffnet	9
- Bericht über eine Veranstaltung zum 40. Jahres- tag der Befreiung von Hadamar	10
<u>D Veranstaltungen</u>	
- Veranstaltungsreihe der Projektgruppe für die vergessenen Opfer...: "Neuere Forschungen zur Aus- sonderung, Verfolgung und Vernichtung im National- sozialismus"	8
<u>E Literatur</u>	
-Heimatgeschichtlicher Wegweiser....., neu erschienen: Band 2: Niedersachsen I	12

Vorbemerkungen.

T e r m i n e , T e r m i n e

Hinweisen möchte ich auf den Anmeldeschluß für das Gedenk-
stättenseminar in der Wewelsburg vom 16.-19. Mai:

Freitag, den 12. April

Der nächste Rundbrief (Nr. 10) hat als Redaktionsschluß den
31. Mai. Auch das Protokoll des Seminars in der Wewelsburg
kann hoffentlich dann mit verschickt werden.

Das Aktionskomitee D.I.Z. Emslandlager wird seine Ausstellung
zur Geschichte der Emslandlager am 11. Mai im Rahmen des
Symposiums eröffnen.

In Ulm bestehen Hoffnungen, daß nach langem hin und her am
19. Mai die Ausstellung zum Thema Verfolgung und Widerstand
im Nationalsozialismus mit dem Schwerpunkt Baden-Württemberg
eröffnet werden kann. Sie soll im ersten Stock des ehemaligen
KZ "Oberer Kuhberg" gezeigt werden.

Besucher irren im ehemaligen KZ planlos herum

DGB will für Gedenkstätte Flossenbürg hauptamtliche Kraft einstellen und Archiv einrichten

Flossenbürg (mzn). Über 500 Gewerkschaftsmitglieder aus Nordbayern gedachten am Samstag im ehemaligen Konzentrationslager Flossenbürg der Opfer der Reichskristallnacht. Nach der Ansprache des stellvertretenden Vorsitzenden des DGB-Landesbezirks Bayern, Fritz Schösser, legte die Gewerkschaftsjugend, die in einem Fackelzug durch die Gedenkstätte marschiert war, im „Tal des Todes“ Kränze nieder.

Der Gedenktag wurde von der Gewerkschaftsjugend begangen. Im Mittelpunkt der Veranstaltung in der Mehrzweckhalle (Floß) stand eine Ausstellung über das Lager und dessen wirtschaftliche Verbindungen zur heimischen Industrie sowie eine Ansprache von Dr. Adalbert Rückerl. Er war 16 Jahre lang Leiter der Ludwigsburger Zentrale für die Aufklärung von NS-Verbrechen. An der Ausstellung, die in ganz Bayern gezeigt werden soll, hatte eine Jugendgruppe aus Ostbayern ein Jahr lang gearbeitet.

DGB-Jugendbildungsreferent Johannes Grassl kritisierte die Seen-, Gärten- und Schlösserverwaltung, die für die ehemaligen Konzentrationslager zuständig ist. „Der Wissensstand dieser Gesellschaft über die NS-Zeit ist mehr als dürftig. Wir sind bereit, unsere Dokumente zur Verfügung zu stellen, wenn im ehemaligen KZ eine vernünftige Ausstellung aufgebaut wird“, erklärte Grassl. Mit der Ausstellung und einem Diavortrag gewährte die Gruppe dann einen Einblick in die ausgewerte-

ten Dokumente über die Geschichte des ehemaligen KZ-Flossenbürg.

Die Gruppe will zeigen, wie der Nationalsozialismus funktionierte, welche Verbindungen es mit der Bevölkerung und der Wirtschaft gab, welche Profite die SS durch die Ausbeutung der Arbeitskraft der Häftlinge machte und an welche Firmen Gefangene ausgeliehen wurden. Dabei soll es nicht um Vergangenheitsbewältigung gehen, sondern um die Auseinandersetzung mit der Nazizeit. Grassl wörtlich: „Die Vergangenheit der KZ-Lager ist nicht zu bewältigen. Dies wäre eine Zumutung für die Toten und die ausgebeuteten Häftlinge.“

Referent Dr. Rückerl sprach von der Machtübernahme der Nazis und damit verbundener Einschüchterung und Ausschaltung jeglichen Widerstandes. Ein massiver Widerstand gegen das Regime hätte sehr früh einsetzen müssen, doch viele hätten nicht glauben wollen, daß die jüdischen Mitbürger direkt in die Gaskammern geführt worden seien. „Man ließ die Nationalsozialisten gewähren, solange man nicht selber betroffen war. Das System konnte sich so durch

das lange Schweigen immer weiter festigen“, erinnerte Rückerl.

Stellvertretender DGB-Landesbezirksvorsitzender Fritz Schösser sprach auf dem ehemaligen KZ-Gelände. Er erinnerte an die Tradition von Flossenbürg als Ferienort vor 1938. An diese Tradition hätte der Ort dank seiner Höhenlage wieder anknüpfen können. „Das ist gut so“, meinte Schösser. Nicht zu akzeptieren sei dagegen, daß der Wegweiser zur Gedenkstätte „bescheiden“ ausgefallen sei. In der Gedenkstätte fänden Besucher nur durch Zufall den Dokumentationsraum. Und was dort zu sehen sei, vermittele nicht einmal die notwendigsten Informationen.

Vom Sonderstatus des KZ-Flossenbürg, in erster Linie ein Arbeitslager für Steinbrucharbeiter der deutschen Erd- und Flugzeugwerke und für eine SS-eigene Baustofffirma – den Messerschmidt-Flugzeugwerken – Regensburg wurden Menschen ausgeliehen habe, sei kaum vermerkt. Schösser forderte das Staatsministerium für Unterricht und Kultus auf, aus der Gedenkstätte einen Ort des politischen Lernens zu machen. Weiter spreche sich der DGB für eine hauptamtliche Kraft zur Betreuung der Gedenkstätte aus, damit die Besucher nicht weiter planlos auf historischen Plätzen herumirren müßten. Im übrigen müßten ein Archiv und eine Bibliothek entstehen.

-2-

Vierzig Jahre danach immer noch keine Gedenkstätte

Verein „An der Synagoge“ für Standort am Brückenkopf

(rik) Mehr oder weniger offen waren die Vorwürfe, die auf der Offenen Kuratoriumssitzung des Vereins „An der Synagoge“ gegen die durch Stadtdirektor Dr. Klaus Rauhen vertretene Verwaltung der Stadt Bonn erhoben wurden. Der Verein, der auf die Unterstützung der Stadt angewiesen ist, sucht seit längerer Zeit einen geeigneten Platz für eine „Erinnerungsstätte an die Bonner Opfer des Nationalsozialismus“. Im geplanten Brückenhaus an der Kennedybrücke glaubten sie einen würdigen Ort gefunden zu haben, schon deshalb, weil die 1939 zerstörte Synagoge in genau diesem Bereich gestanden hat. Das für dieses Gelände von der Stadt Bonn geplante Bauvorhaben berücksichtigte diese Idee und gestand dem Verein einen Teil des dort geplanten Brückenhauses zu. Allerdings stellte sich heraus, daß die nach realisierbaren Bauvorhaben — geplant ist ein Hotelkomplex — verbleibenden Räume kaum noch genügend Platz übrig lassen würden.

„Was ist das für eine Stadt Bonn, die einer solchen für alle Menschen und besonders für interessierte Jugendliche wichtigen Initiative solche Schwierigkeiten macht?“, fragte Jugendpfarrer Joachim Kudenberger. Gerade zum gegenwärtigen Zeitpunkt, 40 Jahre nach der Befreiung durch die Alliierten, sei eine solche Politik aus Zögern um so weniger zu verstehen. Auch Superintendent Rolf Schleichmann äußerte sich in seinem Rechenschaftsbericht kritisch zu diesem Punkt.

Vom 1. Vorsitzenden des Vereins Rolf Dählbors darum gebeten, nahm Stadtdirektor Dr. Klaus Rauhen Stellung zu den erhobenen Vorwürfen. Als Freund und Förderer möge man ihm das Recht auf Kritik nicht verwehren, bat er. Er verstehe die Dringlichkeit des Anliegens und suche zusammen mit der Verwaltung nach Lösungsmöglichkeiten für das Problem des Standortes der Gedenkstätte. Er erläuterte die Schwierigkeiten, die mit dem Investor des Bauvorhabens beständen, die Ansprüche des Vereins nach größerer Fläche für ihr Zentrum zu verwirklichen.

Es sei nicht unwahrscheinlich, daß dieser Investor aus dem gesamten Bauvorhaben aussteige, falls man von städtischer Seite auf diesem Mehr an Platz für den Verein „An der Synagoge“ bestche. Außerdem hege er persönlich einige Zweifel daran, ob der Platz am Brückenkopf dem Zweck angemessen sei. Seiner Meinung nach müsse ein würdigerer Ort für diese wichtige Gedenkstätte zu finden sein.

Mit dieser Meinung stieß er allerdings auf Widerstand bei allen Anwesenden. In Anbetracht der Geschichtsträchtigkeit dieses Geländes — das ehemalige Jüdengeto und die Judepforte lagen hier — sei in ganz Bonn kein angemessenerer Platz denkbar, und man wolle und könne nicht warten, bis in einigen Jahren vielleicht ein Neubau erstellt sei, der genügend Raum biete, war die übereinstimmende Meinung des Kuratoriums. — Auch die anwesenden Vertreter der vier Fraktionen schlossen sich dieser Ansicht an, und sagten zu, im Rat der Stadt für einen modifizierten Bebauungsplan zu stimmen.

Debatte um jüdische Gedenkstätte

CDU näherte sich den Vorstellungen der Opposition

(axe) Für nur wenig geeignet hält die CDU das Brückenhaus an der Kennedybrücke als Standort für eine jüdische Gedenkstätte. CDU-Ratsherr Karl König sagte gestern in der Bezirksvertretung Bonn, dieses Gelände sei einer Gedenkstätte nicht würdig, weil zum Beispiel das Brückenhaus bislang als Theaterlager diene. Hinzu kämen die ständige Lärmbelastung durch den Verkehr sowie der ungünstige Standort zwischen Kennedybrücke und mehrstöckigen Häusern.

Der Verwaltungsentwurf sah für das zwei- bis drei- bis vierstöckige Brückenhaus nur eine eingeschossige Bebauung vor. Nach zweieinhalbstündiger Debatte stimmte die CDU aber dem Oppositionsvorschlag zu, die Bebauung auf zwei Geschosse zu erhöhen und damit die Erhaltung des Brückenhauses „möglicher“ (König) zu machen. Heftige Kritik hatte zuvor die Opposition an der ihrer Ansicht nach schwammigen textlichen Erläuterung des Planentwurfes geübt, der eine Gedenkstätte nicht einmal erwähne. CDU und Verwaltung meinten dagegen, der Entwurf lasse auch eine Gedenkstätte zu.

Die sachliche Diskussion — die CDU bescheinigte dem SPD-Fraktionsgeschäftsführer Gerd Heidemann einen „kühlen Kopf“ — zeigte bei der Mehrheitsfraktion Wirkung. Nach einer Sitzungsunterbrechung und interner Diskussion war sie bereit, die Erhaltung des Brückenhauses zu erleichtern. Die Verwaltung wurde mit den Stimmen von CDU und FDP beauftragt, mit dem Investor Verhandlungen über die Errichtung einer Gedenkstätte zu führen, im Bebauungsplan

das Brückenhaus zweigeschossig auszuweisen und die Baugrenzen um das Haus herumzuführen. Die Zustimmung von SPD und Grünen blieb aus, da die CDU die zunächst zugestandene Klausel „zweigeschossig in der gegenwärtigen Höhe“ dann doch ablehnte. Damit wäre neben der Geschoszahl auch die absolute Bauhöhe bestimmt worden. Herbert Spoelgen (SPD): „Das schließt nicht aus, daß hier doch eine Hotelküche entsteht.“

Trotz der Zugeständnisse blieb die CDU bei ihrer Ablehnung des Standortes, der von den anderen Parteien wegen der Historie als Ort des ehemaligen Jüdenviertels und der Synagoge bevorzugt wird. Unterstützung fand die CDU in Stadtdirektor Klaus Rauhen, der anregte, die Gedenkstätte in ein stadgeschichtliches Museum zu integrieren. Im Optionsvertrag mit dem Investor ist nach Angaben des Beigeordneten Gerd Nieke vereinbart, daß beim Bau auf historische Funde, etwa aus der Römerzeit, Rücksicht genommen wird.

Antifaschistische Arbeit im SCI

Sally, 20, Arbeitslose aus Leeds, wollte vor allem das ehemalige KZ besichtigen, dabei aber nicht nur kommen, schauen, wieder gehen. Sie suchte eine Auseinandersetzung mit dem Thema. "Vorher war ich nicht sicher, welchen Wert eine Gedenkstätte hat. Jetzt finde ich, daß sie sehr wichtig ist, um daraus zu lernen: nicht nur über die Vergangenheit, sondern auch über ähnliche Probleme in der Gegenwart". Außerdem war es für Sally wichtig, die unterschiedlichen Ansichten einer internationalen Gruppe zu hören.

Das stand im August 1984 in einem Artikel der "Dachauer Nachrichten". Sally hat an einem internationalen Workcamp des Service Civil International in Dachau teilgenommen, bei dem Pflegearbeiten auf einem Teil des Geländes durchgeführt wurden, der (noch) nicht Bestandteil der Gedenkstätte ist. Dort wurden sowjetische Kriegsgefangene erschossen.

Der SCI wurde 1920 als internationaler Friedensdienst gegründet, um mit Freiwilligenarbeit in internationalen Gruppen zum Wiederaufbau nach dem I. Weltkrieg und zur Völkerverständigung beizutragen. Heute sind die Schwerpunkte, die sich die einzelnen SCI-Zweige in Europa, Asien und den USA setzen, recht unterschiedlich, je nach den Gegebenheiten und dem Entwicklungsstand der Freiwilligenarbeit in dem jeweiligen Land.

In der Bundesrepublik Deutschland haben wir uns drei inhaltliche Schwerpunkte für unsere Arbeit gesetzt: Ökologie, 3.-Welt-Solidarität und Antifaschismus. Aus der Geschichte haben wir gelernt, daß Faschismus Terror und letztendlich Krieg bedeutet. Das bedeutet, wenn wir als SCI unserem Anspruch, Frieden und Völkerverständigung zu fördern, gerecht werden wollen, kommen wir um eine Auseinandersetzung mit dem Thema Faschismus und eine Aufarbeitung der Geschichte nicht herum.

Das erlangt gerade heute aufgrund der politischen und ökonomischen Situation in der Bundesrepublik eine besondere Aktualität. Die Art und Weise, wie nach dem II. Weltkrieg die jüngste Vergangenheit behandelt wurde, zeigt die Unfähigkeit bzw. die Verweigerung einer Aufarbeitung: Schnell war man bemüht, die äußeren Spuren des Faschismus zu verwischen, indem die KZ's abgerissen wurden, Straßen und öffentliche Bauten einen neuen Namen erhielten und von entsprechenden Symbolen befreit wurden, ohne dem etwas entgegenzusetzen.

Erst das gewachsene politische und historische Bewußtsein ab Mitte der 60er Jahre hat dazu geführt, sich stärker der "Spurensicherung" zuzuwenden, mit Zeitzeugen zu sprechen und KZ-Gedenkstätten einzurichten. Lange blieben diese Gedenkstätten ausschließlich Mahnmal, ohne zu bedenken, daß mit zunehmendem zeitlichen Abstand neue Wege der Vermittlung gefunden werden müssen, die Geschichte begreifbar zu machen. Angeregt durch die Erfahrungen von "Aktion Sühnezeichen" in Polen hat sich der SCI die wichtige Aufgabe gestellt, in den Gedenkstätten in der Bundesrepublik und an deren Aufbau mitzuarbeiten.

Gerade in der Form der internationalen Workcamps, die praktische und inhaltliche Arbeit verbinden, sehen wir eine gute Möglichkeit, Gedenkstätten als Lernort und Mahnmal zu nutzen und dazu beizutragen, daß Gedenkstätten überhaupt in diesen beiden Funktionen gleichermaßen zu nutzen sind. Erfahrungsgemäß steht für die Jugendlichen, die meist aus 10-12 Ländern West- und Osteuropas für 2-3 Wochen an so einem Camp teilnehmen, die internationale Begegnung mit der Möglichkeit, Leute aus ganz verschiedenen Ländern kennenzulernen, im Vordergrund. Dies kann Ausgangspunkt sein

für die Auseinandersetzung mit dem Thema, z.B. daß die unterschiedliche Geschichtsaufarbeitung diskutiert wird, was in der Schule über Faschismus vermittelt wird und welche Lehren daraus gezogen oder unterschlagen werden.

Der längerfristige Aufenthalt auf dem Gelände eines ehemaligen KZ's gibt den Teilnehmern Gelegenheit, ausgehend von ihrer Betroffenheit, am konkreten Beispiel der Fragestellung nach den Hintergründen und Ursachen des Faschismus nachzugehen. Es bleibt ihnen genügend Zeit, einzelne Aspekte je nach Interesse aufzugreifen und in einem Prozeß selbstbestimmten Lernens weiterzuverfolgen.

Wir versuchen darüberhinaus aufzuzeigen, daß Faschismus kein rein deutsches Problem und leider auch längst nicht überwunden ist; daß aktuelle Fragen, wie die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen eng verknüpft sind mit unserer Geschichte.

Einige unserer Projekte können inzwischen mehrjährige Kontinuität nachweisen. So arbeiten wir z.B. seit drei Jahren in Hamburg-Neuengamme zusammen mit dem Landesjugendring und dem Museumspädagogischen Dienst am Ausbau dieser Gedenkstätte. Jugendliche aus bis zu 18 Nationen haben gemeinsam den Rundweg um das ehemalige KZ-Gelände angelegt, die Tongrube nachgebaut, ein riesiges fünfteiliges Wandbild gemalt, das jetzt in verschiedenen öffentlichen Gebäuden in Hamburg ausgestellt ist und ein "Spuren-sicherungscamp" mit Foto- und Video-Dokumentation durchgeführt.

In Esterwegen/Papenburg helfen wir mit unserem Arbeitseinsatz dem DIZ, der Initiative für ein Dokumentations- und Informationszentrum Emslandlager e.V., bei der Renovierung ihres Hauses. Das Camp in Dachau wurde eingangs bereits erwähnt. Das Projekt soll dieses Jahr fortgesetzt werden. Dabei wollen wir vor allem die Initiative für eine internationale Jugendbegegnungsstätte in Dachau unterstützen.

In Ulm haben wir gemeinsam mit dem CFD am Ausbau des Oberen Kuhbergs zur Gedenkstätte mitgewirkt. Auch im Ausland führen wir mit einzelnen Orten der Union der Friedens- und Martyrerstädte meist bilaterale Camps mit dem Ziel der Verständigung durch, so z.B. in Marzabotto/Italien, in Kalavryta/Griechenland und in Lidice/CSSR. Unsere polnische Partnerorganisation OHP bietet seit vorigem Jahr antifaschistische Camps in den Gedenkstätten Majdanek, Auschwitz, Stutthof u.a. an.

Wir arbeiten außerdem mit in der Gedenkstätteninitiative, um die internationalen Workcamps als sinnvolle Möglichkeit antifaschistischer Jugendarbeit weiter publik zu machen, für unsere inhaltliche Diskussion dazuzulernen und natürlich um neue Projektpartner für Camps zu gewinnen.

Wir suchen auch für diesen Sommer noch engagierte Gruppenleiter/innen, die bereit sind, gegen ein kleines Honorar als Teamer/in in einem solchen Camp mitzuarbeiten. Zur Qualifizierung werden im Frühjahr entsprechende Seminare angeboten. Interessenten wenden sich bitte direkt an Service Civil International, Blücherstr. 14, 5300 Bonn 1, Tel.: 0228/21 20 86/7.

Karin Gierszewski

Rechtsextremismus als Gegenstand pädagogisch-politischer Arbeit

Ein Beispiel aus der Arbeit der Alten Synagoge Essen

Vorüberlegungen

Im Dezember 1983 wurden Mitarbeiter unserer Einrichtung von einem Essener Programm kino zur Pressevorführung des Films "Die Erben" eingeladen. Es bestand der Wunsch, in Kooperation mit der Alten Synagoge eine öffentliche Diskussionsveranstaltung zum Thema "Neonazismus" durchzuführen.

Inhalt: "Die Erben" von Walter Bannert (Österreich 1982) beschreibt und analysiert den Weg zweier Jugendliche zum Neonazismus; sie kommen aus sehr unterschiedlichen sozialen Milieus. Charly ist arbeitslos und wächst in einer Atmosphäre von Geldnot und Brutalität auf. Thomas dagegen stammt aus gesicherten, aber un menschlich karriereorientierten Familienverhältnissen. Die Jungen finden in einem Jugendtreffpunkt der "Nationalen Einheitspartei", später in einer Wehrsportgruppe die vermißte Anerkennung, das Gefühl von Zuneigung und Geborgenheit. Der Film stellt einen Zusammenhang her von Elternhaus, ersten sexuellen Erfahrungen und antidemokratischen Zielsetzungen einer Partei, die sich die emotionalen Bedürfnisse der Jugendlichen zunutze macht. "Durch die umfassende Ausbildung im Umgang mit Kaffen und Sprengstoff werden Jugendliche zu Killern, die nun auf die Verständnislosigkeit und Kälte der Erwachsenenwelt, die sie in die Arme der Partei getrieben haben, mit ihren Mitteln antworten. Von jetzt an werden Probleme mit der Waffe gelöst..." (aus den Informationen des Verleihs).

Nachdem ich den Film gesehen hatte, schlossen wir von seiten der Alten Synagoge eine öffentliche Diskussionsveranstaltung aus. Die Film premiere als Anlaß wäre uns zu vordergründig erschienen. Hinzu kam, daß es in mehreren bundesdeutschen Städten bereits Protestaktionen gegen den Film gegeben hatte. Wir wollten rechtsextremen Gruppen, die es auch in Essen gibt, kein Forum bieten. Klar war jedoch, daß wir mit Jugendlichen über "Die Erben" sprechen wollten, aber noch nicht, in welchem Rahmen dies geschehen könnte. Zielsetzung sollte die Thematisierung rechts-

extremer Phänomené sein, wie sie seit einigen Jahren mit zunehmender Tendenz in der Bundesrepublik (und anderswo) zu beobachten sind *). Wir hielten allerdings das weitgehend individualpsychologische Erklärungsmuster des Films für zu kurz gegriffen und wollten es in der Diskussion um soziologische und politische Aspekte ergänzen. Darüber hinaus sahen wir eine Gelegenheit, die Alte Synagoge mit ihrer Dauerausstellung "Widerstand und Verfolgung in Essen 1933-1945" und den vielen zusätzlichen Veranstaltungen bekannt(er) zu machen.

Durchführung

Nach einigem Überlegen organisierten wir Vormittagsvorstellungen des Films im Kino. Bei überschaubarer Zuschauerzahl sollte direkt im Anschluß an die Vorführungen mit den anwesenden Schülern und Lehrern und den eingeladenen "Zeitzeugen" diskutiert werden. Für den Fall aber, daß der Andrang groß sein würde, wollten wir stattdessen einige Tage später in den Schulen mit jeweils ein bis zwei Klassen/Kursen über den Film und über das Problem des Rechtsextremismus sprechen.

Geworben wurde in weiterführenden Essener Schulen über das Schulamt der Stadt; wir richteten ein Schreiben an die Geschichts-, Politik-, Deutsch- und Sozialkundelehrer und empfahlen den Film für die Oberstufe.

Vom 1. - 3. Februar 1984 wurde der Film vormittags gezeigt. Die Nachfrage war verhältnismäßig groß. Insgesamt sahen rd. 550 Schüler und Lehrer die Aufführungen. Wir boten den Lehrkräften an, in den darauffolgenden Tagen Gespräche in den Schulen zu führen. In einem Zeitraum von einer Woche wurden 12 Termine mit Klassenlehrern bzw. Kursleitern vereinbart und für die Diskussion jeweils zwei Schulstunden angesetzt.

*) Benz, W. (Hrsg.): Rechtsextremismus in der Bundesrepublik. Voraussetzungen, Zusammenhänge, Wirkungen. Frankfurt a. M. 1981. 210 S.

Die Nachbereitung des Films "Die Erben" bot damit sechs Mitarbeitern der Alten Synagoge, vier freien und zwei angestellten Kräften, die Möglichkeit, das Thema "Rechtsextremismus" komprimiert mit sehr vielen Jugendlichen zu diskutieren.

Die Zusammenarbeit von Zeitzeugen und jüngeren pädagogischen Mitarbeitern war für uns ebenso neu wie die Bearbeitung eines aktuellen Themas, das Rückgriffe auf die neuere Geschichte geradezu herausfordert.*)

Der Organisationsplan sah vor, daß jeder Mitarbeiter drei bis vier Termine in den Schulen wahrnahm. Es lassen sich daher nicht alle Erfahrungen "aus erster Hand" wiedergeben. Es herrschte jedoch Einigkeit darüber, daß die Nachbereitung insgesamt als gelungen anzusehen ist.

Eindrücke/Ergebnisse

Die Schüler

- Mehrheitlich hatten wir Diskussionen mit 10. Klassen Essener Hauptschulen, zahlenmäßig gefolgt von Berufsschulen. Einige Realschulkurse und ein Kurs eines Aufbaugymnasiums kamen hinzu. Gesamtschulen und traditionelle Gymnasien haben sich nicht für den Film interessiert.

Wir haben die SchülerInnen und Schüler im großen und ganzen aufgeschlossen und diskussionsbereit erlebt. Schwankungen gab es klassen- bzw. kursweise in der Anzahl der sich intensiv Beteiligten.

*) Den gegenwärtigen Rechtsradikalismus mit dem historischen Nationalsozialismus in eins zu setzen, wird unter anderem kritisiert von Kreuzberger, W.: Rechtsradikalismus in der Bundesrepublik. Diskussionsbeiträge des Instituts für Politische Wissenschaft - Uni Hannover. Frankfurt a.M. 1984(2) sowie von Jesse, E.: Bonn ist wirklich nicht Romar. In: Die Zeit Nr. 42 v. 12. Okt. 1984, S. 79f.

In allen Diskussionen hat sich bei Schülerinnen und Schülern eine Identifikation mit parlamentarisch-demokratischen Regeln gezeigt, die die Gefahr rechtsextremer Beeinflussung völlig auszuschließen schien. Mit dieser Identifikation waren jedoch tolerante Einstellungen gegenüber Minderheiten nicht zwingend verbunden. So sind wir am Beispiel ausländischer Arbeitnehmer auf Widersprüche gestoßen ("Warum nisten sich Ausländer hier auf Dauer ein, wenn wir Deutsche dringend Arbeitsplätze brauchen?"). Fragt man nach den politisch-sozialen Deutungsmustern der Jugendlichen, zeigen sich konservativ-ausgrenzende Deutungen insbesondere beim Beurteilen der gegenwärtigen Arbeitsmarktsituation. Auch Äußerungen wie "die Türken passen sich nicht genug an!" standen neben einem starken Mitgefühl am Schicksal jüdischer Bürger in der Nazizeit.

Im Rahmen einer Doppelstunde können solche Widersprüche selbstverständlich kaum aufgegriffen, geschweige denn "bearbeitet" werden. Wir hofften in dieser Hinsicht auf das weiterführende Gespräch unter Schülern, mit Lehrern und Freunden und auf zunehmende Selbstreflexion. Es wäre schon viel, wenn "Die Erben" und unsere Nachbereitung hierzu ein Anstoß wären.

Die Lehrer

Ebenso wie wir bei Schülern sehr interessierte und partiell interessierte antrafen, haben wir unterschiedliches Diskussionsinteresse auch bei Lehrkräften beobachtet. Es gab eine Minderheit von Lehrern, die sich völlig passiv verhielt. Ein Lehrer einer Realschule fragte sogar, ob er bei dem Gespräch unbedingt dabei sein müsse. Vorbereitungen trafen nur wenige Lehrer. Die didaktische Planung wurde den Mitarbeitern der Alten Synagoge überlassen (Ausnahme: ein Berufsschullehrer hatte ein abgezogenes Blatt mit Fragen zum Inhalt des Films vorbereitet).

VORTRAGSREIHE
NEUERE FORSCHUNGEN ZUR AUSSONDERUNG, VERFOLGUNG UND VERNICHTUNG IM
NATIONALSOZIALISMUS

EINMAL IM MONAT - DIENSTAGS ODER DONNERSTAGS 19.00 - 21.00 UHR
IM MUSEUM FÜR HAMBURGISCHE GESCHICHTE, HÖLSTENWALL 24, HAMBURG 36

7. 3. 85 Dr. Falk Pingel, Braunschweig (Georg-Eckert-Institut):
*"Erinnern oder Vergessen - Die Bundesrepublik Deutschland
und die Verfolgten des NS-Regimes"*
- 23.4. 85 Manfred Herzer, Berlin (Magnus-Hirschfeld-Gesellschaft):
*"Nazis, Psychiater und Schwule. Homophobie in der Sexual-
wissenschaft der NS-Zeit"*
- 14.5. 85 Michael Hepp, München (Historiker und Journalist):
*"Für mich war Norzingen die Hölle!" - Jugend-KZs im natio-
nalsozialistischen Erziehungssystem"*
- 11.6. 85 Prof. Dr. Wolfgang Jantzen, Bremen (Hochschullehrer):
"Das Behindertenbetreuungswesen im Nationalsozialismus"
2. 7. 85 Matthias Hamann, Gießen (Forschungsgruppe Hadamar):
"Die Aussonderung kranker Zwangsarbeiter"
- 17.9. 85 Wolfgang Ayas, Karlsruhe (Sozialpädagoge):
*"Es darf in Deutschland keine Landstreicher mehr geben" -
Die Verfolgung von Bettlern und Vagabunden im Faschismus"*
- 10.10.85 Dr. Wolfgang Franz Werner, Münster (Historiker):
*"Form und Grenzen des Arbeitszwanges gegen deutsche An-
arbeiter im Nationalsozialismus"*
- 12.11.85 Dr. Gisela Bock, Berlin (Dozentin):
"Prostituierte im Nationalsozialismus"
- 10.12.85 Karl-Heinz Roth, Hamburg (Arzt und Historiker):
"Die Hamburgener Variante der 'sozialen Endlösung'"

Die Zeitzeugen

Die Funktion der älteren Zeitzeugen, nämlich eine Brücke zu schlagen zwischen dem Thema "Rechtsextremismus" und der nationalsozialistischen Vergangenheit, wurde in den meisten Diskussionen realisiert. Schwierig wurde es nur, unsere Zielsetzung zu erreichen, wenn Zeitzeugen mit ihrer persönlichen Geschichte in der Diskussion einen sehr großen Stellenwert bekamen. Die intendierte Vermittlung zwischen gestern und heute gelang dann weniger, vielmehr wurde das "spannende" Einzelschicksal für die Schüler interessant. Damit nicht durch individuelle Erlebnisschilderungen die Gesamtsicht des vielschichtigen Problems "Rechtsextremismus" verhindert wird, ist nach unseren Erfahrungen zu überlegen, in welchen Phasen der Diskussion Teile einer Biographie hinzugenommen werden sollten. Mit Zeitzeugen muß darüber vorher genau gesprochen werden. Allerdings besteht die Gefahr, daß sie "verplant" oder gar instrumentalisiert werden.

Kurzinformation: Widerstand und Naziterror

-1-

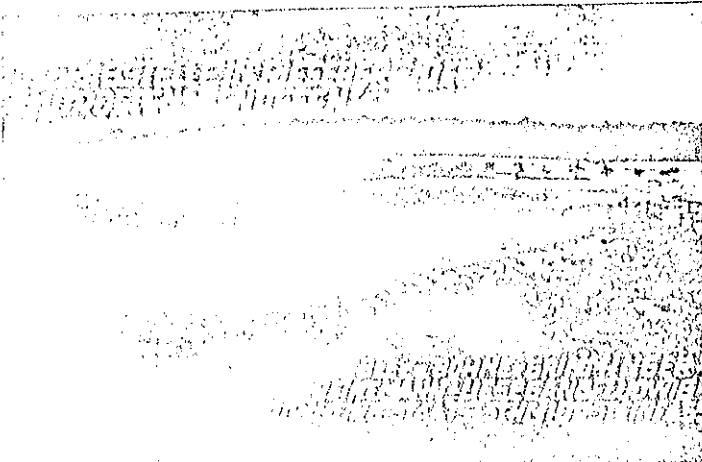
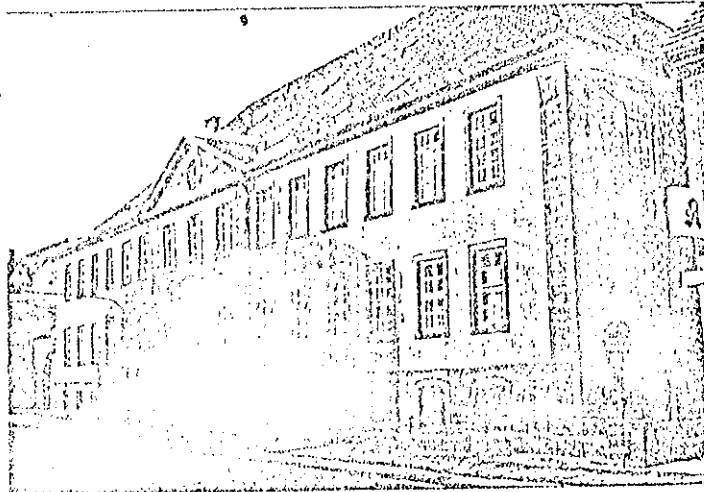
Mit der Machtübertragung am 30. Januar 1933 setzte im ehemaligen Freistaat Braunschweig und in der ehemaligen preussischen Provinz Hannover, zu der auch der Regierungsbezirk Lüneburg gehörte, massiver Terror gegen die Arbeiterbewegung ein. SA- und SS-Trupps überfielen die Arbeiterviertel, ermordeten Antifaschisten und richteten „wilde“ Konzentrationslager in Vereinslokalen, Rathäusern und Gefängnissen ein. Im Provinzialwerkhaus Moringen entstand eines der ersten offiziellen Konzentrationslager für Männer und Frauen im Land Preußen. An einigen dieser Stätten des Terrors finden regelmäßige Mahnkundgebungen statt, andere sind nahezu völlig in Vergessenheit geraten.

MORINGEN,
KREIS NORTHEIM:

Hier befand sich eines der ersten Konzentrationslager Preußens.

Im Krieg wurde in diesem Gebäude ein zentrales „Juden-schutzlager“ eingerichtet.

Wird 1985 endlich eine Gedenkstätte eingerichtet?

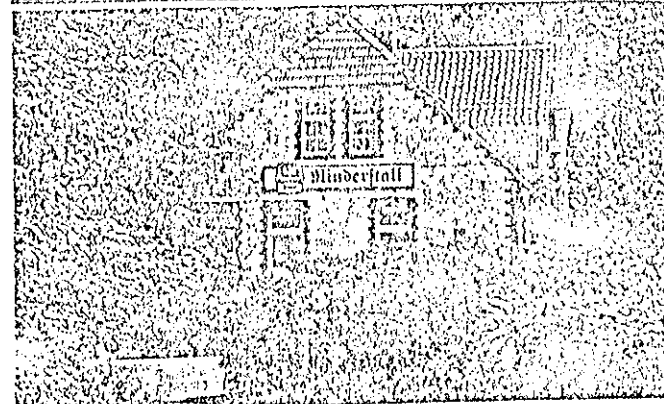


RIESEBERG,
KREIS HELMSTEDT:

Heimlich gemachte Aufnahme des Ortes, an dem zehn Antifaschisten, im Sommer 1933 ermordet, begraben wurden.

Kurzinformation: Widerstand und Naziterror

-2-



HANNOVERSCH-MÜN-
DEN, KREIS GÖTTIN-
GEN:

Heimlicher Treffpunkt von
Funktionären der KPD

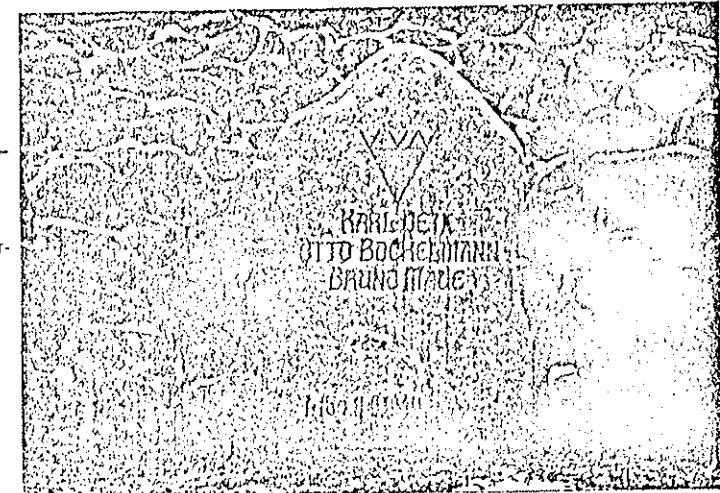
Lange Zeit wurde von der offiziellen Geschichtsschreibung die Erforschung des antifaschistischen Widerstandes in Niedersachsen vernachlässigt. Es bleibt das große Verdienst der überlebenden Widerstandskämpfer, Berichte von Zeitzeugen und andere Dokumente gesammelt und auch diesem Forschungsprojekt zur Verfügung gestellt zu haben.


Im wesentlichen sind es die Großstädte und die traditionellen Industrieviere Helmstedt und Peine, in denen die zum Teil noch sichtbaren Orte des Widerstandes und des Naziterrors beschrieben werden konnten.

Bei der Namensgebung von Straßen und öffentlichen Einrichtungen, bei der Anbringung von Gedenktafeln, bei der Errichtung von Mahnmälen bleibt dieser Teil der demokratischen Heimatgeschichte jedoch weitgehend ausgespart.

BAD LAUTERBERG,
KREIS OSTERODE:

Gedenkstein für Lauterber-
ger antifaschistische
Kämpfer





Hadamar 1941: Die weithin sichtbare dunkle Rauchfahne auf dem Mönchsberg zeugt von der Ermordung von Menschen in der „Heil- und Pflegeanstalt“. Rund 15 000 Erwachsene, Kinder und „Ostarbeiter“ fanden zwischen 1941 und 1945 in Hadamar den Tod. Sie starben an Giftgas oder bewusst überdosierten Medikamenten. Das Bild ist Teil einer Ausstellung, die in den früheren Vernichtungsräumen der heutigen psychiatrischen Klinik zu sehen ist.

Im Frühsommer 1943 richtete die Landesheil- und Pflegeanstalt eine Abteilung für „jüdische Mischlingskinder“ ein. Mindestens 30 der als „rassisch unwert“ und „asozial“ geltenden Kinder fanden in Hadamar den Tod. Ein Jahr später spritzte das Anstaltspersonal rund 500 polnische und sowjetische Zwangsarbeiter, Männer, Frauen und Kinder, in den Tod. Von den

zuständigen hessischen Arbeitsämtern wegen angeblicher Tuberkulose eingeliefert, wurden die völlig unterernährten Osteuropäer wenige Stunden nach ihrer Ankunft ermordet.

Dokumentiert haben Gießener und Frankfurter Medizinstudenten diesen finsternen Abschnitt der deutschen Psychiatriegeschichte in den früheren Vernich-

tungsräumen der Hadamarer Anstalt. Die Ausstellung, die den tödlichen Weg in Krankengeschichten, Fotos und Reichsdokumenten bis ins letzte Detail nachzeichnet, kann nach Voranmeldung von interessierten Gruppen besucht werden (Tel. 06433/801). „Ein Teil von Auschwitz“, meint der Gießener Medizinstudent Matthias Hamann.

D/R/S

15 000 als geisteskrank bezeichnete Erwachsene, Kinder und „Ostarbeiter“ wurden auf dem Mönchsberg umgebracht

FR, den 2. April '85

Schwarze Rauchfahne — in Hadamar wußte man, daß wieder getötet wurde

Erinnerungen an ein schlimmes Kapitel deutscher Psychatriegeschichte

Von Manfred Husemann

HADAMAR. „Die Leute haben schon von weitem gesehen, wenn wieder ein Güterzug kam. Wir sind dann alle zum Bahnhof gelaufen. Von der Anstalt kam ein Traktorwagen, auf dem Stroh lag. Dann haben sie die Alten rausgeholt, zu zweit an Armen und Beinen gepackt und herübergeworfen. Wenn die Kinder nicht schnell genug machten, bekamen sie noch einen Tritt. Danach hat es keine 24 Stunden gedauert, bis man es in unserem Garten riechen konnte.“ Vier Jahrzehnte später besucht die heute 68jährige Augenzeugin zum ersten Mal den Ort der Verbrechen, die Heil- und Pflegeanstalt Hadamar (Kreis Limburg-Weilburg), wo im Keller von Haus 5 die Vernichtung „lebensunwerten Lebens“ auf der Tagesordnung stand.

Eine schmale Steintreppe führt in die unterirdischen Gewölbe, in denen heute eine Gedenkstätte an das systematische Töten erinnert. Hier oben auf dem Mönchsberg in Hadamar ist kaum etwas verändert worden, ist der mörderische Weg der psychisch Kranken auch 40 Jahre nach der „Euthanasie“ noch nachvollziehbar geblieben: die als Dusche getarnte Gaskammer, ein weißgekachelter Raum, in dem wie am Fließband gemordet wurde, und der weißgetünchte Saal, wo früher die Verbrennungsöfen installiert waren. Wenn die schwarzen Rauchfahnen aufstiegen, wußten damals die Menschen in der Stadt, daß wieder getötet wurde.

Rund 15 000 als geisteskrank bezeichnete Erwachsene, Kinder und sogenannte „Ostarbeiter“ ließen die Nationalsozialisten allein in Hadamar, einer von mindestens sechs Tötungsanlagen, planmäßig umbringen. Sie wurden vergast und verbrannt oder starben an bewusst injizierten überdosierten Medikamenten. Später verscharrte man ihre Leichen in Massengräbern.

Erst mit dem Einmarsch alliierten Truppen vor 40 Jahren hatte das

Morden ein Ende. Der „Arbeitskreis Gedenkstätte Hadamar“ nahm dieses historische Datum kürzlich zum Anlaß, eine „vorläufige Bilanz“ des wohl dunkelsten Abschnitts der deutschen Psychiatrie zu ziehen. Im Festsaal des heutigen Psychiatrischen Krankenhauses konfrontierte der Arbeitskreis Bürger, Patienten, Ärzte und Pflegepersonal mit dem finsternen Kapitel nationalsozialistischer „Euthanasie“. Nur wenige Schritte von der früheren Gaskammer entfernt forderte der Frankfurter Medizinhistoriker Helmut Siefert dazu auf, „das langjährige Schweigen in Trauer zu verwandeln“.

Daß die Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte nicht bruchlos erfolgt, daß es in der Bevölkerung auch Widerstände gibt, sich der Vergangenheit zu stellen, wurde deutlich, obwohl der Platz im Festsaal kaum ausreichte. So mußte sich der Hadamarer Sozialtherapeut Gerhard Kneucker fragen lassen, „ob wir damit erneut Schande über die Stadt bringen wollen“.

Die „Euthanasie-Aktion“

Im Januar 1941 begann in der heute rund 11 000 Einwohner zählenden Kleinstadt die sorgfältig vorbereitete erste Phase der „Euthanasie-Aktion“. Bis zum August, also innerhalb von acht Monaten, starben über 10 000 willkürlich als „unheilbar krank“ eingestufte Menschen in der Gaskammer. Schon 1936 hatten die Nazis den „Euthanasie-Bedarf“ im Reich exakt ausgerechnet: 70 000 psychisch Kranke, etwa ein Tausendstel der Gesamtbevölkerung, sind damals für die medizinische Euthanasie vorgesehen „abgegeben“ worden.

Zentral koordinierten die Ärzte von der Reichs- „Reichsanstalt“ für Nerven- und Geisteskrankheiten (RSNA) der geplanten Euthanasie-Aktionen in der Berggartenstraße 4. Jede Anstalt mußte zunächst umfangreiche Meldungen für alle Patienten ausfüllen in denen nach

Krankheit, Arbeitsfähigkeit und der Eignigkeit von Besuchen gefragt wurde. Willfähige Mediziner urteilten dann als Gutachter der RAG, machten hinter den Namen ein Kreuz (töten) oder einen Strich (leben lassen). Meist über mehrere Stationen hinweg ließ man die Patienten dann, um Spuren zu verwischen, in einer der sechs Tötungsanstalten transportieren. Für die Angehörigen stellten die Ärzte falsche Totenscheine aus, der Krankensei „un erwartet gestorben“ hieß es oft und selbst das Sterbedatum ließ man häufig ändern. Zu diesen Zwecken richteten die Nationalsozialisten auf dem Hadamarer Mönchsberg zeitweilig ein eigenes Ständesamt ein.

Im Sommer 1941 stellten die Nazis die Euthanasie-Aktion in ihrer ursprünglichen Form ein, nachdem unter anderem der Limburger Bischof Hilfrich gegen die „Verletzung des Fünften Gebotes“ protestiert hatte. Die Hadamarer Verbrennungsöfen und das „eingearbeitete“ Personal kamen jedoch erneut zum Einsatz — in den osteuropäischen Vernichtungslagern von Sobibor, Majdanek oder Treblinka.

Nur ein Jahr später begann auf dem Mönchsberg die zweite Phase der Euthanasie-Aktion in Hadamar. Einmal verlegte die Berliner Zentrale 15 Männer aus Bremen in die Provinz, die Kleinstadt, wo sie mit Überwachungsamt und Trienna amnestet wurden. In einer morgendlichen Konferenz mit der ärztlichen Direktion, die Oberärztin und der Oberarzt der Euthanasie, wurde für den jeweiligen Tag festgelegt, welcher Patient für die Euthanasie vorgesehen war. Das Mordgeschehen wurde durch die Anwesenheit von Beobachtern der Reichsanstalt für Nerven- und Geisteskrankheiten (RSNA) in der Berggartenstraße 4. Jede Anstalt mußte zunächst umfangreiche Meldungen für alle Patienten ausfüllen in denen nach

Gedenkstätte Plattenhaus Poppenbüttel



Begegnungsstätte
mit Ausstellung
"KZ-Außenlager
Sasel" und
Behelfsheimwohnung
1944 (im Aufbau)

Pfefferminzkamp 5-7
2000 Hamburg 65
(S-Bahn Poppenbüttel)

Geöffnet
dienstags 17-19 Uhr
sonntags 10-12 Uhr
und nach
Vorankündigung



Anfragen an
KZ-Gedenkstätte
Neuengamme
Telefon: 723 10 31

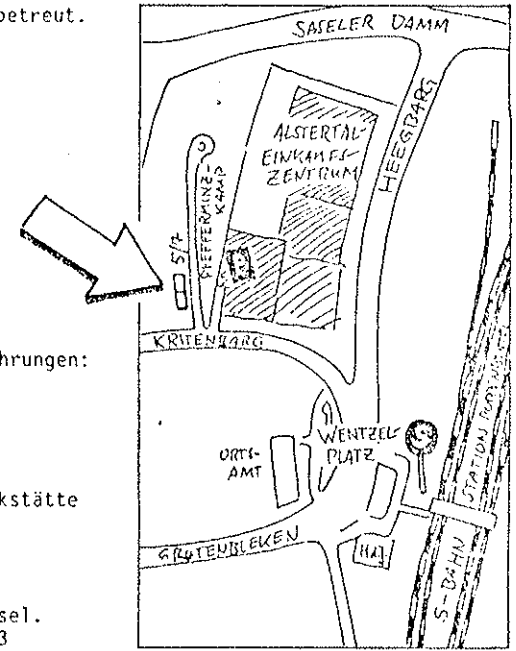
Die Gedenkstätte befindet sich in einem ehemaligen Behelfswohnheim, das 1944 aus Betonfertigteilen errichtet wurde.

Die Begegnungsstätte im linken Gebäudeteil zeigt eine Dauerausstellung über das KZ-Außenlager Sasel:

Vom September 1944 bis zum Mai 1945 bestand in Hamburg-Sasel ein Außenlager des Konzentrationslagers Neuengamme. 500 jüdische Frauen aus dem Ghetto Lodz, die über das KZ Auschwitz nach Sasel gekommen waren, arbeiteten bei Aufräumarbeiten in der Innenstadt und beim Bau der Plattenhausiedlung Poppenbüttel. Die Frauen litten Hunger und mußten Schwerarbeit leisten. Mehrere starben an Mißhandlungen, Entkräftung und Krankheiten. Am 7. April 1945 erfolgte der Abtransport der Frauen in das Konzentrationslager Bergen-Belsen.

Die Wohnung im rechten Teil des Gebäudes wird zur Zeit als Behelfswohnung eingerichtet und soll die Wohnsituation in Hamburg bei Ende des Krieges zeigen.

Die Gedenkstätte wird von der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten Alstertal/Walddorfer im Auftrag der Kulturbehörde betreut.



Anmeldungen für Besuche und Führungen:
Museumspädagogischer Dienst,
Telefon: 29188-2752
VVN-Bund der Antifaschisten,
Telefon: 31 42 54

Auskünfte erteilt auch die KZ-Gedenkstätte
Neuengamme, Telefon: 723 10 31

Literatur:
Geschichte eines Außenlagers. KZ Sasel.
GOA-Info Sonderausgabe. Hamburg 1983